Auer Tageblatt

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 60 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 50 Pfg. u. wöchentlich 10 Pfg. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 1.50 Mk., monatlich 50 Pfg. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1.62 Mk., monatlich 54 Pfg. Erscheint täglich in den Mittagstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Austrägerinnen und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Insertionspreis: Die 5gespaltene Korpuszeile oder deren Raum für Inserate aus Auer und den Ortsteilen der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg 12 Pfg., sonst 15 Pfg. Reklamezeile 30 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Insertionen von Anzeigen bis spätestens 9 Uhr vormittags. Für Fehler infolge Undeutlichkeit oder in der Erscheinungsweise kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe des Inserates durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 206. | Freitag, 5. September 1913. | 8. Jahrgang.

Dieser Nummer umfaßt 8 Seiten.

Das Wichtigste vom Tage.

Die standesamtliche und kirchliche Trauung des Exkönigs Manuel von Portugal mit der Prinzessin Auguste Viktoria von Hohenzollern-Sigmaringen hat gestern stattgefunden.*)

•

In einem Anfalle von Wahnsinn erschoß in Mühlhausen a. d. Ems ein Hauslehrer acht Personen und verwundete zehn.*)

•

Wie nunmehr festgestellt worden ist, beträgt die Zahl der bei dem Eisenbahnunglück bei Newhaven tötlich Verletzten 23 und der schwer Verletzten 32.*)

•

Die auf der Stettiner Vulkanwerft erbaute russische Torpedojäger Novik ist das schnellste Schiff der Welt.

•

120 000 Gewehre, die auf einem französischen Segelboot den Aufständischen in Tripolis zugeführt werden sollten, wurden von italienischen Behörden mit Beschlag belegt.

•

Bei der nunmehr endgültig erfolgten Eroberung von Nanking haben die Regierungstruppen schwere Ausschreitungen begangen und die Stadt ausgeplündert.

*) Näheres siehe an anderer Stelle.

Mutmaßliche Witterung am 6. September: Nordostwind, heiter, geringe Temperaturänderung, vorwiegend trocken.

Arbeiterfürsorge in Kamerun.

Wer auch nur oberflächlich in der Kolonialgeschichte der europäischen Völker Bescheid weiß, der kennt die großen Schwierigkeiten, die sich von jeher aus der Beschaffung eines ausreichenden Arbeitermaterials für die von den europäischen Herren angelegten Kulturen ergaben. Entweder wurden die Eingeborenen in der rücksichtslosesten Weise ausgebeutet und körperlich und sittlich durch die Arbeit zu Grunde gerichtet oder man half sich mit der Einführung von Sklaven und Kulis. Erst in der neuesten Zeit fing man an, auch die Eingeborenen wenigstens gegen ein Uebermaß der Ausbeutung zu schützen. Moderne Humanitätsanschauungen waren in erster Linie für diesen Umschwung maßgebend; und zwar nach zwei Richtungen hin. Man fing an auch den farbigen Menschen Rechte zuzuerkennen und das kam nicht nur den Eingeborenen in den Kolonien selbst zugute, es erschwerte auch die Anwerbung fremder Sklaven und Kulis. Unterstützt wurden diese sittlichen Erwägungen durch die wachsende Einsicht der Gefahren, die eine Ausnutzung der Eingeborenen mit sich brachte. Wie mancher Kolonialkrieg wurde nicht durch die Mißhandlung eingeborener Arbeiter verschuldet; schwerer noch aber wog die teilweise grauenhafte sittliche und körperliche Verseuchung der Arbeiter auf den Pflanzungen der Europäer, die schließlich zu dem Untergange der eingeborenen Bevölkerung führen mußte und tatsächlich auch geführt hat.

Wenn daher jetzt Dr. Solf auf seiner Reise in Kamerun mit den Pflanzern über eine Regelung der Arbeiterfrage verhandelt hat, so wird man das nur mit Freuden begrüßen können. In den deutschen Kolonien, die ja erst verhältnismäßig jung sind, wurde nie der wilde Raubbau mit der Kraft der Eingeborenen getrieben, wie es in den Anfängen der Kolonialpolitik unter den alten Kolonialmächten gang und gäbe waren. Ja, in Pflanzerkreisen wurden häufig Klagen laut, daß die deutschen Beamten an Humanität gegen die ja meist recht arbeitsscheuen Neger zu viel hätten. Allmählich hat sich jedoch auch in Pflanzerkreisen ein Umschwung in der Behandlung der Arbeiterfrage vollzogen. Sie haben eingesehen, daß eine gesunde, lebenskräftige Eingeborenenbevölkerung auch für sie selber unentbehrlich ist. Und danach ist auch die Verständigung zu beurteilen, die jetzt zwischen dem Kolonialstaatssekretär und den Kameruner Pflanzern getroffen wurde. In Kamerun blühte bisher die wilde Anwerbung von Arbeitskräften besonders üppig, die Agenten, die aus dieser Anwerbung ein Geschäft machten, fragten meist wenig danach, ob sie gesunde und kräftige Arbeiter lieferten und wie diese Arbeiter den oft recht beschwerlichen Marsch von ihrer Heimstätte zu der Pflanzung überstanden. Es ist daher begreiflich, daß die Pflanzer auch allmählich ein Haar in diesen wilden Anwerbungen finden und diese Anwerbung jetzt dem Gouvernement überlassen wollen. Sie sind auch damit einverstanden, daß gewisse Schutzbestimmungen für die Arbeiter erlassen werden. Die Schwierigkeit liegt nur darin, daß es der Regierung sehr viel Mühe kosten wird, die nötigen Arbeitskräfte zu beschaffen. Schon heute ist ja die Regierung berechtigt, Eingeborene, die ihrer Steuerpflicht nicht nachkommen, auch bei Privatunternehmern ihre Steuerschuld abverdienen zu lassen. Aber die Zahl dieser Zwangsarbeiter ist naturgemäß nicht allzu groß, zumal da die Steuerscheu der Eingeborenen im Abnehmen begriffen ist. Will aber die Regierung nun jetzt auch die Anwerbung vollkommen freier Arbeiter in die Hand nehmen, so kann sie natürlich nicht, wie die Privatagenten, ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit die Arbeiter anwerben und kann auch nicht mit all den Mitteln und dem — Schnapsarbeiten die jetzt gewissenlose Agenten mit so viel Erfolg anwenden. Deshalb konnte auch Dr. Solf den Pflanzern nicht die Versicherung geben, daß das Gouvernement auch wirklich imstande sein werde, die erforderlichen Arbeitskräfte zu liefern. Es wird also vermutlich noch mancherlei Schwierigkeiten geben, bis die wilde Anwerbung endgültig verschwindet. Immerhin zeigt das Verhalten der Pflanzer, daß sie Willens sind, das Menschenkapital der Kolonie zu schonen, und das läßt die Hoffnung zu, daß sich ein Weg findet, um alle Schwierigkeiten in der Beschaffung von Arbeitern zu beheben.

Die Arbeit des Reichstages.

(Von unserem Berliner ☞-Mitarbeiter.)

In den Reichsämtern hat man augenblicklich reiche Arbeit, denn es gilt, die in den kommenden Reichshaushaltsetat einzustellenden Posten vorzuarbeiten. Daneben gilt es eine Reihe von Entwürfen auszuarbeiten, die in der winterlichen Tagung der Volksvertretung vorgelegt werden sollen. Das Material, das des Reichstages harrt, ist, so weit es sich jetzt schon übersehen läßt, ziemlich umfangreich, wenn es auch an Vorlagen von so großer Bedeutung wie im vorigen Winter fehlen wird. Was die Außen- und Wirtschaftspolitik anlangt, so fällt hierhin die Verlängerung des Provisoriums mit England, da man die definitive Regelung unserer Handelsbeziehungen zum britischen Reiche vor der Feststellung unseres neuen Zolltarifes nicht vorweg nehmen möchte, wie man vor zehn Jahren in gleicher Weise verfuhr. Die sonstigen anstehenden Entwürfe betreffen ausnahmslos innere Angelegenheiten, wie beispielsweise die Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, die bekanntlich eine weitere Ausdehnung erfahren soll. Auch die Gewerbeordnung soll abermals mit einer großen Novelle bedacht werden und zwar mit einer solchen, die das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe und die mit diesem in Zusammenhang stehenden Betriebe betrifft. Auch soll eine Novelle zum Gesetz über den Absatz von Kalisalzen kommen, ob dies freilich bereits in dieser Tagung möglich sein wird, steht noch dahin, denn nach neueren Meldungen sind im Bundesrat weitgehende Meinungsverschiedenheiten vorhanden, über die so leicht eine Einigung nicht zu erzielen sein wird. Verschiedene andere zu erwartende Entwürfe tragen einen mehr juristischen Charakter, so die Haftpflicht der Eisenbahnen, eine Abänderung des deutschen Wechselrechts, das Zwangsversteigerungsgesetz, Wiederaufnahme eines Disziplinarverfahrens, sowie ein Luftrechtgesetz. Mehr sozial-politischen Charakter trägt das Reichstheatergesetz, sowie ein Entwurf zur Regelung der Unfallfürsorge im öffentlichen Dienst; auch die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Rechtsanwaltsangestellten gehört hierhin. Weiter spricht man auch davon, daß eine Regelung der Bezüge der Altpensionäre in Aussicht genommen ist, und des weiteren soll eine Reform des Totalisatorgesetzes beabsichtigt sein, die angeblich die Konzessionierung von Buchmachern vorsieht. Man wird zugeben müssen, daß also reichlich Beratungsstoff vorliegt, noch dazu, wenn man bedenkt, daß eine Reihe von Vorlagen, die bereits den Reichstag beschäftigt haben, noch weiter zu beraten sind, so beispielsweise das Spionagegesetz, das Postscheckgesetz, die Konkurrenzklausel und das Erbrecht des Staates. Ob das Leuchtmittelmonopolgesetz dessen Beratung nicht von der Stelle gerückt ist, überhaupt zu Ende beraten werden wird, steht dahin, es wäre nicht ausgeschlossen, daß der Entwurf von der Regierung angesichts der Aussichtslosigkeit, ihn durchzubringen, zurückgezogen wird.

Schulresultate und Schulentbürdung.

Von einem Schulmann wird uns geschrieben: Das Problem unserer höheren Schulbildung wird brennend. Es ist kein Zufall, daß die Erörterungen darüber in der Presse immer breiteren Raum einnehmen. Es ist vielmehr einfach eine Notwendigkeit, daß es geschieht. Das Problem muß in seiner ganzen Tragweite erkannt und zur gründlichen Lösung gebracht werden, ehe die Nation unter ihm Schaden leidet. Es ist eine Sache, die auch nicht nur in den Schreibstuben der Behörden sich erledigen läßt. Hier muß das ganze Volk nach dem Rechten sehen, denn um seine Interessen handelt es sich. Es handelt sich darum, daß diejenigen richtig vorgebildet werden, die später in führende Stellungen einrücken sollen. Daß unsre höheren Schulen dieser Aufgabe nicht mehr genügen, ist nachgerade öffentliches Geheimnis. Unsere Universitätsprofessoren haben sich schon wiederholt über die ungenügende Vorbereitung der heutigen Studentenschaft beklagt. Im Verein für Hochschulpädagogik wies Professor Bernheim vor allem auf die mangelnde Ausdrucksfähigkeit hin. Die Marineverwaltung fordert neuerdings von den Abiturienten aller höheren Schulen eine Prüfung im Englischen, ehe sie den Eintritt in die Marine gestattet. Sie hat mit den bloßen Zeugnisnoten schlechte Erfahrungen gemacht. Ebenso hat sich das Kriegsministerium schon über die mangelhaften Leistungen derjenigen beklagt, die sich zur Fähnrichsprüfung melden. In der deutschen Juristenzeitung wird auf die zunehmende Zahl der Mißerfolge bei den juristischen Prüfungen hingewiesen. Man sieht, von den verschiedensten Instanzen laufen die Urteile auf dasselbe Ziel hinaus. Auf der anderen Seite hört man immer noch die steten Klagen über die Schulüberbürdung unserer heutigen Jugend und dann wieder über die Ueberfüllung aller Berufe, die eine höhere Bildung voraussetzen. Das reimt sich nur zusammen, wenn man annimmt, daß unter der großen Zahl derjenigen, die nach akademischer Bildung drängen, sich auch entsprechend viel Elemente finden, die keine besonderen Fähigkeiten dafür mitbringen. Sie werden nur gelockt durch die äußeren Vorteile der späteren Lebensstellung, in der sie dann aber weder sich selbst glücklich fühlen, noch ihrem Volke alles das leisten können, was dieses zu verlangen ein Recht hat.

Wem soll nun die Regierung ihr Ohr leihen? Den Klagen über zurückgehende Leistungen, oder den Rufen nach weiterer Entlastung? Wenn Lehrer und Schuldirektoren ihre Anforderungen in die Höhe setzen, so werden sich gleich Tausende von Eltern und Schülern erbittert über die Erschwerung ihrer Lebensziele entrüsten. Im Großen und Ganzen geht auch die Behörde tatsächlich den anderen Weg der Entlastung. Man braucht nur an die jüngsten Extemporalerlasse und ähnliches zu erinnern. Man empfindet auch offenbar die bedauerliche Zahl der Schülerselbstmorde als schwere Verantwortung, die man nach Möglichkeit von sich abwälzen möchte. Wo soll nun der Mut herkommen, es besser zu machen? Man möchte den Eltern ins Gewissen reden, daß sie vor allen ihren Kindern nichts zumuten, was diese ihren Anlagen nach beim besten Willen nicht gut leisten können. Aber dieser Appell ist schon so oft erklungen, ohne viel gewirkt zu haben. Die materiellen Aussichten behalten das große Wort. Der Hinweis auf das Staatsinteresse hat noch weniger Aussicht, gehört zu werden. Und doch muß etwas geschehen. Es muß irgendwie die Energie aufgebracht werden, die den Schubkarren wieder aufs rechte Geleise schiebt. Dem Staate müssen die gesunden und geistig leistungsfähigen Kräfte geliefert werden, die er zu seiner lebendigen Erhaltung und Entwickelung braucht. Das ist mit dem einfachen weiteren Nachlassen von Schulanforderungen nicht getan. Man versucht auch wohl, den einzelnen Lehrer verantwortlich zu machen, und zwar von beiden Parteien aus. Da gibt es geschriebene und ungeschriebene Verfügungen, wonach er nur einen bestimmten beschränkten Prozentsatz seiner Klasse sitzen lassen darf, wenn er sich keinen Weiterungen, Spezialberichten, Untersuchungen usw. aussetzen will. Demgegenüber steht der andere Vorschlag, den Lehrer wegen Pflichtverletzung zu bestrafen, wenn sich die von ihm ausgestellten Zeugnisse im späteren Leben nicht bewähren. Täte man letzteres wirklich, ließe künftig mehr durchfallen, und verlangte von allen Fächern mehr, würde dann der Staat erreichen, was er muß? Hier liegt der Kern der Sache. Denn man muß auch diese Frage wieder verneinen. Der Fehler liegt vor allem darin, daß unsere höheren Schulen zu vielerlei gleichzeitig und deshalb das Einzelne nicht gründlich genug betreiben. Wenn früher die Gymnasien zum Beispiel mehr leisteten, so lag das an ihrem einfacheren Lehrplan. Vor hundert Jahren entschied die Prüfung allein in Griechisch und Latein. Kein Wunder, daß da in diesen beiden Fächern mehr geleistet wurde als heute. Wir müssen auf diesen Weg zurück, wenn auch nicht durch mechanische Nachahmung. Unsere moderne Zeit ist zu reich geworden, als daß wir wieder mit Griechisch und Lateinisch allein für alle Aemter die geistige Qualifikation feststellen könnten. Aber wenn wir nun eine mannigfaltigere Bildung nötig haben, so müssen wir nicht den Lehrplan einer Schulart mannigfaltiger machen, sondern wir müssen mannigfaltigere Schularten nebeneinander auf-